

Präsidentschaftswahl 2021 im Iran

Aufruf zum Wahlboykott!

Am 18. Juni 2021 findet die Präsidentschaftswahl der Islamischen Republik Iran statt. Das Unrechtsregime der Islamischen Republik versucht durch Demagogie sowie falsche Wahlversprechungen die iranische Bevölkerung an die Wahlurnen zu locken. Das iranische Unterdrückungsregime, das sich auf international in einer noch nie dagewesenen desolaten wirtschaftlich, politisch, und sozial Lage befindet und vor allem unter einer gravierenden Vertrauenskrise leidet, versucht, durch Instrumentalisierung der Gewerkschaften und der Arbeiter im Iran der zu erwartenden niedrigen Wahlbeteiligung entgegenzuwirken. Aber die unabhängigen Gewerkschaften u.a. die Gewerkschaft von Haft-Tapeh haben sich eindeutig positioniert und durch etliche Mitteilungen erklärt, dass sie es keineswegs zulassen werden, dass die iranische Regierung sie für ihre eigenen wahlpolitischen Zwecken einsetzt und missbraucht. Sie haben in ihren Kommunikés unmissverständlich klargestellt, dass sie mit dieser Wahl nichts zu tun haben wollen, da diese einzig und allein ein Anliegen der Regierung ist und mit den Belangen der Arbeiter*innen im Iran nichts zu tun hat.

Diesmal findet die Präsidentenwahl im Iran mit der Besonderheit statt, dass sämtliche oppositionellen Gruppierungen sowohl im Inland als auch im Ausland die wahlberechtigten Bürger*innen Irans zu einem Wahlboykott aufgerufen haben.

Nach den offiziellen Angaben hat der sogenannten "Wächterrat" aus 592 Bewerbern fürs Präsidentialamt nur sieben Kandidaten ausgewählt und zugelassen. Der 61-jährige Kleriker Ebrahim Raisi ist der Favorit der Hardliner, und gilt zudem als Wunschkandidat des Establishments. 2019 wurde er vom religiösen Führer Ayatollah Chamenei zum Justiz-Chef ernannt, und wird als möglicher Nachfolger Chameneis gehandelt. In der 80er Jahren gehört Raisi dem sogenannten "Todes-Komitee" an, das für die Hinrichtung Tausender politischer Gefangener verantwortlich war. Das Rennen um das Präsidentialamt Irans machen Ultrakonservativen und Hardliner unter sich aus.

Der für die "ideologische Qualifikation" und "Loyalität" der Kandidaten zuständige Wächterrat, der aus zwölf erzkonservativen Mitgliedern besteht, hat viele Bewerber aus dem Lager der "Moderaten" disqualifiziert und ausgeschlossen.

Die iranische Bevölkerung ist ohnehin sehr unzufrieden. Die Wirtschaftslage ist sehr dramatisch und miserabel, die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch und liegt bei fast 30%. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Das Land befindet sich noch mitten in der Corona-Krise.

Nach uns vorliegenden Informationen hat es die deutsche Regierung zum ersten Mal zugelassen, dass das iranische Regime in fünf verschiedenen Städten in Deutschland Wahllokale eröffnen kann. Nach unserer Auffassung dienen die guten deutsch-iranischen Beziehungen in erster Linie den Interessen der deutschen Wirtschaft. Sie lassen dabei nicht nur den Prinzipien der Menschenrechte völlig außer Acht, sondern gehen sogar soweit, dass dem diktatorischen iranischen Regime ermöglicht wird, auf deutschem Boden sein erbärmliches "Demokratie-Spiel" zu veranstalten.